

# ENTSCHLOSSEN GEGEN RECHTSEXTREME NETZWERKE

VON IRENE MIHALIC, MONIKA LAZAR UND KONSTANTIN VON NOTZ

ES IST HÖCHSTE ZEIT, MENSCHEN  
VOR DEN GEFAHREN DES RECHTSEX-  
TREMISMUS WIRKSAM ZU SCHÜT-  
ZEN. DIE SICHERHEITSBEHÖRDEN  
MÜSSEN SICH HIER BESSER AUFSTEL-  
LEN, DAS BUNDESAMT FÜR VERFAS-  
SUNGSSCHUTZ BRAUCHT EINEN  
KOMPLETTEN NEUSTART. DIESER IST  
SELBST NACH DEM EKLATANTEN VER-  
SAGEN IM FALL NSU AUSGEBLIEBEN.

Vom Massenmord im neuseeländischen Christchurch bis zur Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Hessen – die letzten Monate haben es in erschreckender Weise bestätigt: Rassismus ist keine „Meinung“. Er ist die hochgefährliche Basis für verfassungsfeindliche Strategien und kriminelle Taten, bis hin zu Mord und Terror. Das erhebliche Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus ist beunruhigend real, seine Vernetzung weit vorangeschritten. Die Bundesregierung und ihre Sicherheitsbehörden haben die Gefahrenlage viel zu lange unterschätzt und kleingeredet.

Die Zeit politischer Lippenbekenntnisse ist lange vorbei. Entschlossen gegen rechtsextreme und rechtsterroristische Netzwerke vorzugehen, ist das Gebot der Stunde. Unsere Demokratie und mehrere Zehntausend Menschen, die derzeit auf sogenannten „Feindeslisten“ stehen, brauchen wirksamen Schutz. Staatliche Strukturen zur Erkennung und Bekämpfung des Rechtsextremismus gehören auf den Prüfstand, um Defizite schnellstmöglich abzustellen und Betroffenen zu helfen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade deshalb sind demokratische Aktivitäten der Zivilgesellschaft, wie etwa die #Unteilbar-Demo am 24. August 2019 in Dresden mit 40.000 TeilnehmerInnen, ein wichtiges positives Signal.

## **UNTERSCHÄTZTE NETZWERKE UND EINZELTÄTER-FIXIERUNG**

Spätestens nach der Selbstenttarnung des NSU-Trios im Jahr 2011 wäre ein Neustart beim Kampf gegen rechts fällig gewesen. Jedoch: Fehlanzeige. Trotz des offenbar gewordenen vielfachen Versagens der Sicherheitsbehörden haben die – regelmäßig von der Union gestellten – Innenminister die personellen Ressourcen im Bereich Rechtsextremismus kaum erhöht. Noch folgenreicher war die grundfalsche Analyse, die bis heute fortwirkt. Das Terror-Trio wurde quasi isoliert von seinem rechtsextremen Umfeld betrachtet und das Netzwerk verkannt. Auf diese Defizite haben wir in einem Sondervotum des Abschlussberichts des II. NSU-Untersuchungsausschusses ausdrücklich hingewiesen.

Stattdessen hielten die Sicherheitsbehörden an einer überkommenen Analyseverfahren fest: Man untersuchte bieder Partei- und Vereinsstrukturen und nahm die Mitgliederbewegungen zur Kenntnis. Neurechte Bestrebungen wurden und werden fragmentiert betrachtet – hier ein paar „verrückte“ Reichsbürger, dort einige angeblich „harmlose“ Prepper und dann noch die Identitären.

Die gemeinsamen ideologischen Grundlagen konnte oder wollte man nicht sehen. Weil dieser Fokus fehlte, kam man



in Ermittlungs- und Strafverfahren viel zu oft zu der Bewertung, dass es sich um Einzeltäter handle.

Diese fragmentarische Betrachtung hindert die Behörden daran, Netzwerke und die immensen Gefahren, die von ihnen ausgehen, zu erkennen. Besonders deutlich zeigt sich das bei der Betrachtung sogenannter „Gefährder“ in rechtsextremen Kreisen. Während insgesamt 12.500 Personen als gewaltbereite Rechtsextreme eingestuft werden, gelten gerade einmal 41 als „Gefährder“. Dies steht in keinem Verhältnis zu den vielen Gewaltakten der letzten Jahre. Hunderte Haftbefehle gegen Rechtsextremisten sind derzeit nicht vollstreckt. Auch daraus ergeben sich erhebliche Risiken.

Die analytischen Defizite führten dazu, dass rechtsextreme und rechtsterroristische Taten oft nicht im Kontext bewertet werden. Wichtige Kontinuitäten und Zusammenhänge, wie beispielsweise eine enge internationale Vernetzung von Rechtsterroristen, werden so übersehen. So auch im Fall Walter Lübcke, dessen mutmaßlicher Mörder sich seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Szene und wohl auch in der Nähe des NSU-Umfeldes bewegte. Viel zu spät haben Bundesregierung und Sicherheitsbehörden diese eklatanten Defizite erkannt. Erst nach einem Leitungswechsel wurden im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erste dringend notwendige Korrekturen vorgenommen, auch das Bundeskriminalamt (BKA) hat strukturelle Änderungen angekündigt.

### GRÜNES KONZEPT GEGEN RECHTSEXTREME NETZWERKE

Auch wenn sie reichlich spät kommt, begrüßen wir die neue Schwerpunktsetzung bei den Bundessicherheitsbehörden grundsätzlich. Aber klar ist auch: Wir brauchen einen umfassenderen Ansatz, wie wir es bereits in dem grünen Antrag „Rechtsextremismus umfassend bekämpfen“ im Bundestag 2018 gefordert haben. Deshalb hat die Bundestagsfraktion nun noch einmal ein „Grünes Maßnahmenprogramm: Rechtsextremen Netzwerken entschlossen entgegenzutreten“ beschlossen.

### SICHERHEITS-BEHÖRDEN NEU AUFSTELLEN

Wir wollen die Analysefähigkeit vor allem des Verfassungsschutzes im Bereich Rechtsextremismus und -terrorismus grundlegend verbessern. Dieser muss befähigt werden, Gefährdungen durch derartige Netzwerke besser zu erkennen und zu benennen. Wir fordern daher, den Verfassungsschutz in Deutschland neu zu organisieren. Ein Institut soll unter anderem rechtsextreme Strukturen in Deutschland wissenschaftlich analysieren und regelmäßige Expertisen erstellen. Ein deutlich entschlacktes Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr soll sich mit konkreteren Bestrebungen befassen, die nicht mittels offen zugänglicher Quellen aufzuklären sind, bei denen aber die Anhaltspunkte für polizeiliche Ermittlungen nicht ausreichen. Solange es keine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes gibt, sollte die Bundesregierung angesichts des strukturellen Analysedefizits unverzüglich eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme zum Rechtsextremismus in Deutschland durch ausgewiesene und unabhängige Experten in Auftrag geben.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen leistet ihren Dienst in den Sicherheitsbehörden mit verantwortungsbewusster und demokratischer Haltung. Für Rechtsextreme darf es innerhalb der Sicherheitsbehörden keinen Platz geben. Verfassungsfeindliche Verstöße, ob bei der Polizei oder in anderen Behörden, müssen kontinuierlich erfasst und dokumentiert werden. Dazu gehören zum Beispiel menschenverachtende Äußerungen in Chatgruppen, das Tragen rechtsextremistischer Abzeichen an der Uniform oder Hetze gegen Geflüchtete. Das ist die Voraussetzung dafür, solche Verstöße strafrechtlich zu verfolgen, aber auch dafür, zielgenaue Präventionsmaßnahmen entwickeln zu können. Auch Waffen- und Munitionsverluste bei Polizei und Bundeswehr müssen mit Nachdruck aufgeklärt werden. Außerdem fordern wir, dass die Innenministerkonferenz die Neuauflage wissenschaftlicher Studien zur Häufigkeit verfassungsfeindlicher Einstellungsmuster bei Sicherheitsbehörden in allen Bundesländern und im Bund auf den Weg bringt, so wie es das Land Hessen bei der Polizei nun vormacht.

### DIE GESELLSCHAFT EFFEKTIV VOR RECHTSEXTREMISMUS SCHÜTZEN

In unserem Konzept fordern wir die Einsetzung einer „Task Force Rechtsextremismus“ im Bundesinnenministerium. Mehrere Zehntausend Menschen, die auf sogenannten Feindeslisten von Rechtsextremen unter ande-

rem als potenzielle Anschlagopfer aufgeführt werden, darunter zahlreiche KommunalpolitikerInnen und JournalistInnen, brauchen dringend bessere Informations- und Unterstützungsangebote. Die Bundesebene muss hier die notwendige Unterstützungsarbeit leisten und dringend koordinierend tätig werden.

Potenzielle rechte Gewalttäter kommen viel zu leicht an Waffen. Der rechtsextreme Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum in München 2016 mit neun Opfern, der Mord an Walter Lübcke und der Mordversuch an Bilal M. in Wächtersbach sind erschreckende Belege dafür. Daher muss das Waffenrecht, gerade mit Blick auf den Kauf, die Verwendung und Aufbewahrung von Waffen, verschärft werden. Auch das fordern wir seit vielen Jahren, ohne dass die Bundesregierung bisher die notwendigen Korrekturen vorgenommen hätte. Hass und Hetze im Netz muss der Staat effektiv und rechtsstaatlich entgegentreten. Menschen zu beleidigen und zu bedrohen oder Minderheiten zu diffamieren, den Holocaust zu leugnen und offen zu Gewalttaten aufzurufen – all das darf nicht folgenlos bleiben. Egal ob off- oder online: Geltendes Recht muss konsequent gegen strafbare Handlungen und Inhalte angewandt werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das die Durchsetzung des Rechts in sozialen Netzwerken verbessern soll, muss schnellstmöglich evaluiert und weiterentwickelt werden. Soziale Netzwerke müssen auch selbst konsequenter gegen Hass und Hetze vorgehen und mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Bei allen diesen Punkten bleibt die Bundesregierung in der Pflicht, ihren Ankündigungen Taten folgen zu lassen.

### ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT STÄRKEN

Zentral für nachhaltige Erfolge gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine starke Zivilgesellschaft. Ihre Arbeit muss mehr Anerkennung erfahren. Deshalb wollen wir ihre Förderung als Daueraufgabe nachhaltig gestalten und finanziell absichern. Die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements darf dabei jedoch nicht ausgehöhlt werden. Die Bundesregierung muss dafür, wie schon lange von der SPD versprochen, ein Gesetz zur Demokratieförderung vorlegen.

Zivilgesellschaftliche Akteure können die lokalen und regionalen Problemsituationen und Bedarfe häufig am besten einschätzen. Wir wollen sie daher stärker an der Entwicklung der Bundesförderung beteiligen.

Auch die Präventionsarbeit muss massiv ausgebaut werden. Rechtsextreme wenden sich häufig an junge Menschen, die nach Orientierung suchen. Vorsorgende und zielgerichtete Angebote an Schulen und Jugendarbeit sind daher besonders wichtig. Junge Menschen dürfen erst gar nicht in völkische Ideologien, die Menschen verachten und Gewalt legitimieren, abgleiten.

# #UNTEILBAR

Foto: Shutterstock

Auch die politisch-historische Bildungsarbeit muss ausgebaut werden. Ebenso braucht es für ältere Menschen passende präventive und demokratiefördernde Angebote.

### ZEIT ZU HANDELN

Die Sicherheitsbehörden sind extrem spät dran beim Kampf gegen Rechtsextremismus und -terrorismus. Die Anschläge der letzten Zeit geschahen nicht im luftleeren Raum. Eine breite rechte Bewegung hat lange Zeit unbehelligt ihren Wirkungsgrad bis tief in die Mitte der Gesellschaft erweitert. Der Rechtsextremismus hat zudem mit der AfD einen parteipolitischen Arm, der mit vielen Abgeordneten in den Parlamenten von Bund und Ländern vertreten ist. Wie rechte und rechtsextreme Kräfte zusammenwirken, haben beispielsweise die Ausschreitungen in Chemnitz gezeigt. Innerhalb kürzester Zeit konnten deutschlandweit Hunderte gewaltbereite AnhängerInnen mobilisiert werden. Wir müssen die notwendigen Reformen jetzt schleunigst auf den Weg bringen, um diesen gefährlichen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten zu können.

- [www.gruene-bundestag.de/rechte-netzwerke](http://www.gruene-bundestag.de/rechte-netzwerke)



**DR. IRENE MIHALIC MDB**  
Sprecherin für Innenpolitik



**MONIKA LAZAR MDB**  
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus



**DR. KONSTANTIN VON NOTZ MDB**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Foto: Liesa Johannissen/photothek.net

## TERMINE

Mehr unter:

- [www.gruene-bundestag.de/termine](http://www.gruene-bundestag.de/termine)

### PLAUEN 89/19 PROTEST UND VERANTWORTUNG

Podiumsdiskussion  
am 7.10. in Plauen  
Öffentlichkeitsarbeit,  
TEL 030/227 59062  
[oea@gruene-bundestag.de](mailto:oea@gruene-bundestag.de)

### WEM GEHÖRT DIE STADT? ERBBAURECHT UND BEZAHL- BARER WOHNRAUM

Fachgespräch am 16.10. in Berlin  
AK 2 + AK 3 Koordination,  
TEL 030/227 59406  
[ak2@gruene-bundestag.de](mailto:ak2@gruene-bundestag.de)

### HEIMAT EUROPA

Podiumsdiskussion am 6.11. in Berlin  
AK 5 Koordination,  
TEL 030/227 51783  
[ak5@gruene-bundestag.de](mailto:ak5@gruene-bundestag.de)

### GRÜNER POLIZEIKONGRESS POLIZEI UND GESELLSCHAFT – HEUTE UND MORGEN

Konferenz am 22.11. in Berlin  
AK 3 Koordination,  
TEL 030/227 58900  
[ak3@gruene-bundestag.de](mailto:ak3@gruene-bundestag.de)

### KLIMASCHUTZKONFERENZ

Konferenz am 29.11. in Berlin  
AK 2 Koordination,  
TEL 030/227 59406  
[ak2@gruene-bundestag.de](mailto:ak2@gruene-bundestag.de)

## PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

- [www.gruene-bundestag.de/publikationen](http://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

### FLYER

- 19/44 Klimakrise stoppen!
- 19/41 Lebenswerte Regionen
- 19/40 Fahrradpolitik
- 19/39 Bürgerenergie
- 19/38 ÖPNV
- 19/37 Wasser
- 19/36 Engagement
- 19/35 Kleine und mittlere Unternehmen
- 19/33 Artenvielfalt

### READER

- 19/28 Antiziganismus in Deutschland und Europa
- 19/25 Jahreswohlstandsbericht 2019

### LEPORELLO

- 19/43 Bürgernahe Polizeipolitik
- 19/34 Wohlstand neu bewerten

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion, Versand,  
11011 Berlin, oder: [versand@gruene-bundestag.de](mailto:versand@gruene-bundestag.de)

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

## ONLINE


Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:


- [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)


Unser Tipp:

- [www.gruene-bundestag.de/video](http://www.gruene-bundestag.de/video)

Kommentare, Ideen und Fragen können in den sozialen Netzwerken gepostet werden:

 [www.twitter.com/GrueneBundestag](https://www.twitter.com/GrueneBundestag)

 [www.instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)